

## Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Antrag der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe „Ministerpräsident Woidke beim Wort nehmen - Energiestrategie Brandenburgs ändern - Auf steigende Netzentgelte und höchsten Strompreis reagieren“ (Drucksache 6/5830)

### **Kosten für den Netzausbau durch bundesweit einheitliches Netzentgelt regional fair verteilen**

#### **Der Landtag möge beschließen:**

##### I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Kosten für Nutzung und Ausbau der Stromnetze in Deutschland weisen regional erhebliche Unterschiede auf und belasten sowohl Haushalte als auch Gewerbebetriebe im Bundesländervergleich unterschiedlich stark.
2. Die Energiewende als zentrales gesamtgesellschaftliches Projekt wird an Akzeptanz und Dynamik gewinnen, wenn Kosten und Nutzen insgesamt auch regional fair verteilt werden. Entsprechend der EEG-Umlage sollten daher auch die Netzentgelte bundesweit einheitlich geregelt werden.
3. Das Zurückziehen des ursprünglichen Ressortentwurfs für das Gesetz zur Modernisierung der Netzentgeltstruktur durch das BMWi darf nicht dazu führen, dass die Interessen der Brandenburger BürgerInnen und Wirtschaft nicht konsequent weiter verfolgt werden.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene weiter für die Einführung eines bundesweit einheitlichen Netzentgeltes einzusetzen, um die Netzentgelte bundesweit für jede Netzebene und für alle Stromkunden anzugleichen.

Sie wird darüber hinaus aufgefordert, sich dafür einzusetzen

1. Anreizstrukturen zur kostengünstigen Bewirtschaftung der Netze für die Netzbetreiber zu erhalten, indem die einheitlichen Netznutzungsentgelte erst nachträglich durch die Bundesnetzagentur berechnet werden.
2. Bundesratsinitiativen zu initiieren, welche die Kosten der Stromversorgungsinfrastruktur besser auf alle NutzerInnen verteilen, indem der Umfang der derzeit gültigen Regelungen zur Reduktion bzw. Befreiung von Netzentgelten für Großverbraucher reduziert wird.

## **Begründung:**

Die geplante bundesweite Angleichung der Netznutzungsentgelte im Entwurf für ein Netzentgeltmodernisierungsgesetz wurde vom Bundeswirtschaftsministerium Anfang Januar zurückgezogen. Damit sind die Bemühungen der Landesregierung, wie auch der Landesregierungen anderer ostdeutscher Länder gescheitert, die seit Jahren die höheren Strompreise in Ostdeutschland kritisierten.

Die hohen Netznutzungsentgelte in den ländlichen Regionen Brandenburgs sorgen dafür, dass Brandenburger Haushalte höhere Stromkosten zahlen, als die BürgerInnen anderer Regionen. Der größte Unterschied besteht zwischen dem Netzgebiet der edis und den Stromkunden in Bremen, die bei einem Jahresverbrauch von 3.500 kWh für den gleichen Strom etwa 220 € weniger bezahlen<sup>1</sup>. Das wird von den betroffenen BürgerInnen verständlicherweise als ungerecht empfunden. Zudem schaden die vergleichsweise höheren Stromkosten den Bemühungen der Brandenburger Kommunen, neue Unternehmen in dünn besiedelten ländlichen Regionen anzusiedeln.

Bereits im Jahr 2014 haben die Landtagsfraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus sechs Bundesländern vom Institut für Energie in Leipzig ein Gutachten zu regionalen Strompreisunterschieden in Deutschland erstellen lassen. Das eindeutige Ergebnis war,

- dass nicht allein die Netzausbaukosten, sondern vorwiegend das Verhältnis von Ausbaukosten zum regionalen Stromverbrauch über die Höhe der Netznutzungsentgelte für den Endkunden entscheidet.
- dass dadurch dünn besiedelte ländliche Regionen mit geringem Stromverbrauch, in denen ein kontinuierlicher Ausbau erneuerbarer Energien erfolgt, systematisch benachteiligt sind.
- dass trotz des zu erwartenden, stärkeren Ausbaus der Netzinfrastruktur in Westdeutschland die ländlichen Gebiete Ostdeutschlands stärkere Kostensteigerungen zu erwarten haben, womit sich die Gebührenschiere zwischen städtisch geprägten Regionen Westdeutschlands und ländlichen Regionen Ostdeutschlands mit schrumpfender Besiedlungsdichte immer weiter öffnet.

Die jüngsten Erhöhungen der Netznutzungsentgelte zum Jahreswechsel haben diese Analyse der bisherigen Struktur der Netznutzungsentgelte bestätigt. Auch die Unterstützung der Ergebnisse der Studie durch den Netzbetreiber 50 Hertz, zeigt, dass die Analyse auf einer soliden wissenschaftlichen Basis erfolgte.

Für die betroffenen StromverbraucherInnen in den ländlichen Regionen Brandenburgs kommt verstärkend hinzu, dass zahlreiche GroßverbraucherInnen nur verringerte oder gar keine Netznutzungsentgelte zahlen. Daher werden die steigenden Infrastrukturkosten auf immer weniger Schultern verteilt.

---

<sup>1</sup> [https://www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2016/Netzentgelte\\_2017/Agora\\_Netzentgelte\\_2017\\_16112016.pdf](https://www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2016/Netzentgelte_2017/Agora_Netzentgelte_2017_16112016.pdf) S. 3, Tab. 1

Die ländlichen Regionen mit einem großen Anteil erneuerbarer Energien profitieren wirtschaftlich nicht stärker von erneuerbaren Energien als städtische Regionen mit Zulieferbetrieben, Produktionsstätten und Verwaltungssitzen. Die positiven EEG-Zahlungsströme nach Ostdeutschland stellen also keine Kompensation für die ungleiche Verteilung der Netznutzungsentgelte dar, wie dies von einigen westdeutschen LandespolitikerInnen moniert wird.

Axel Vogel  
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN